

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

50 Jahre

Wir machen Zukunft.
Machen Sie mit.

Perspektiven der Urbanisierung – Städte nachhaltig gestalten



BMZ-Informationsbroschüre 10 | 2011

10 Gründe für Stadtentwicklung

1. Urbanisierung: Die Welt ist zur Stadt geworden

Mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung leben heute in Städten; für das Jahr 2050 wird ein weiterer Anstieg auf 75 Prozent erwartet¹. Hohe Urbanisierungsraten in Asien und in Afrika² spiegeln wider, dass der Schwerpunkt der Weltverstädterung sich längst in die Entwicklungs- und Schwellenländer verlagert hat. Dort leben bereits heute mit 2,3 Mrd. Stadtbewohnern doppelt so viele Menschen in städtischen Ballungsräumen wie in Industrienationen. Im Jahr 2030 werden es mit 3,9 Mrd. Menschen viermal so viele sein³; ca. 60 Prozent von ihnen unter 18 Jahren⁴. Somit bestimmt die Verstädterung und eine überproportional junge Bevölkerungsstruktur in zunehmendem Maße die Zukunft der Entwicklungsländer.

Etablierte Metropolregionen, wie Sao Paulo oder Mumbai, aber auch kleine und mittelgroße Städte werden zu maßgeblichen Lebens- und Wirtschaftsräumen im urbanen Millennium.

2. Prosperität: Produktive Städte sind die Basis wirtschaftlicher Entwicklung

In Städten wird bis zu 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts erzeugt⁵. Mit dem Zugang zu Arbeitskräften und Informationen, privaten Initiativen sowie verfügbarer Infrastruktur, Mobilität und Institutionen bieten sie der Volkswirtschaft günstige Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. In der globalisierten Wirtschaft sind Städte bedeutende Knotenpunkte für den Transfer und die Bereitstellung von Produkten, Leistungen und Informationen. Weil Städte der Motor des ökonomischen Wachstums sind, liefern sie wesentliche Impulse für die einheimische und internationale Wirtschaft.

3. Erfolgreiche Armutsreduzierung: Mit Städten werden internationale Verpflichtungen umgesetzt

Städte haben ein hohes Potenzial, zur Umsetzung internationaler Vereinbarungen wie der Millenniumentwicklungsziele (MDG) entscheidend beizutragen. Denn hier werden entsprechende Strategien entwickelt und über den koordinierten Einsatz weniger Mittel große Effektivität und Wirkung erzielt. Mit Blick z.B. auf das MDG-Unterziel "Verbesserung der Lebensbedingungen für 100 Mio. Slumbewohner" bietet sich in Städten mehr als anderswo die Möglichkeit, der Armut zu entkommen. Städtische Armut und Slums sind jedoch wachsende Probleme in Entwicklungsländern, denen mit integrierten Ansätzen auf der lokalen Ebene begegnet werden muss. Auf Armutsreduzie-

rung ausgerichtete Programme in Städten sorgen für bessere und rechtlich gesicherte Wohnbedingungen, für Ausbildung, Beschäftigung sowie Zugang zu sozialen Dienstleistungen.

4. Partner: Städte sind starke internationale Akteure

Reformen der staatlichen Modernisierung und Dezentralisierung stärken die Autonomie und Leistungsfähigkeit städtischer Verwaltungen. Weil sich die Handlungsspielräume und Befugnisse auf der kommunalen Ebene erweitern, werden Städte zunehmend von internationalen Entwicklungsagenturen, Banken und privaten Unternehmen als selbstverantwortlich agierende, gleichberechtigte Akteure wahrgenommen. Städte nutzen diese Möglichkeiten der direkten Partnerschaft – auch untereinander – um ihre Entwicklung voranzutreiben und gewinnen so in der internationalen Politik zunehmend an Gewicht. Insbesondere die schnell wachsenden Mittelstädte müssen in diesem Kontext Kapazitäten und Infrastruktur entwickeln, um ihren neuen Anforderungen und Rollen gerecht zu werden.

5. Klimawandel und Biodiversität: Städte sind an Entscheidungen über globale Klimaziele beteiligt und haben bedeutenden Einfluss auf Ökosysteme

Städte emittieren derzeit rund 70 Prozent der klimawirksamen Treibhausgase⁶ und tragen mit Verantwortung für den globalen Klimawandel. Städte sind folglich wichtige Partner und Akteure in der internationalen Klimapolitik und nehmen zunehmend eine Vorreiterrolle wie z.B. in der energieeffizienten Infrastrukturplanung ein. Zugleich sind Städte mit ihrer Bevölkerungsdichte, Bausubstanz und

¹ UN HABITAT (Hg.): State of the World's Cities 2010/2011. Nairobi, United Nations Human Settlements Programme 2007. S. 12.

² United Nations (Hg.): World Urbanization Prospects: The 2007 Revision Population Database. New York 2008.

³ Bundeszentrale für politische Bildung: Prognose der städtischen Bevölkerung. Internet: http://www.bpb.de/themen/WL9MSS,0,Staedtische_Bevoelkerung.html, 12.05.2011.

⁴ UNFPA state of world population 2007. Internet: http://www.unfpa.org/swp/2007/english/chapter_2/changing_demographics.html, 09.08.2011.

⁵ UNEP (Hg.): Towards a Green Economy. Pathways to Sustainable Development and Poverty Eradication, Cities – Investing in energy and resource efficiency. S. 457. Nairobi.

⁶ The Worldwatch Institute (Hg.): State of the World. Our Urban Future. New York (W.W. Norton & Company) 2007.

Infrastruktur unmittelbar den Gefahren des Klimawandels ausgesetzt, so z.B. durch küstennahe Taifune, Hitzewellen oder Schlammlawinen. Vor allem die arme Bevölkerung ist aufgrund ihrer oft prekären Wohnsituation von extremen Wetterereignissen und Umweltproblemen betroffen. Städte nehmen über ihre Stadtgrenzen hinaus maßgeblichen, teils negativen Einfluss auf Ökosysteme. Gleichzeitig sind sie von den Leistungen dieser Ökosysteme, wie z.B. sauberem Trinkwasser, abhängig. Intakte Ökosysteme ermöglichen eine leichtere Anpassung an den Klimawandel und sind zugleich wichtige Erholungsräume. In der städtischen Entwicklung muss daher verstärkt der Erhalt biologischer Vielfalt berücksichtigt werden, um wichtige Ökosystemdienstleistungen auch in Zukunft gewährleisten zu können.

6. Chancengleichheit: Eine soziale Stadt fördern

Die städtische Umgebung begünstigt die persönliche Entfaltung, die sich für viele Einwohner mit der Hoffnung auf eine bessere Lebenssituation und sozialen Aufstieg verbindet. Städte sind Orte des sozialen Wandels, in denen sich Jugendliche und Frauen eher individuell entfalten können, deren politische und soziale Teilhabe und individuelle Entscheidungsfreiräume sonst oftmals durch traditionelle Entscheidungsmechanismen eingeschränkt sind. Städte treten durch neue Leitbilder einer sozialen Stadt und mit speziellen Programmen für Frauen und Jugendliche hervor. Besonders Randgruppen sind meist aus den formellen ökonomischen, sozialen und politischen Netzwerken ausgeschlossen und können an den Entwicklungsoptionen, die das Wirtschaftswachstum in Städten bietet, nur bedingt teilhaben. Mitbestimmung und politische Teilhabe sind somit Schlüsselemente in der städtischen Gesellschaft, um Chancengleichheit und soziale Inklusion auszubauen. Zugleich trägt eine bürgerorientierte Infrastrukturentwicklung, die z.B. Mobilitätsangebote im städtischen Verkehr verbessert, dazu bei, das Miteinander verschiedener sozialer Gruppen zu erleichtern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern.

7. Sicherheit: Eine sichere Stadt fördert Entwicklung und Demokratie

Maßnahmen zur urbanen Gewalt- und Kriminalitätsprävention unterstützen eine soziale und wirtschaftliche Stabilität. Dies wird besonders in jenen Stadtvierteln sichtbar, in denen sich große soziale und ökonomische Ungleichheiten, Perspektivlosigkeit und die Bereitschaft zu Gewalt und Kriminalität verfestigt haben. Private und öffentliche Investitionen werden vor allem in den Stadtgebieten gemieden, in denen die öffentliche Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. Um die Erfolge laufender Entwicklungsbemühungen zu lebenswerten und sozialen Städten sowie die Ausbildung demokratischer Strukturen und Prozesse zu unterstützen, ist die Sicherheit in Städten ein zentrales entwicklungspolitisches Anliegen.

8. Governance: In der Stadt wird gute Regierungsführung erfahrbar

Stadtregierungen treffen Entscheidungen, die sich unmittelbar auf das Leben der Stadtbewohner auswirken, von Landrechten bis hin zu Standortentscheidungen für Schulen und Gesundheitsstationen. In der Stadt tritt der Staat seinen Bürgern unmittelbar gegenüber, indem er Zivilgesellschaft und die Privatwirtschaft aktiv zur politischen Mitsprache, zur partizipativen Entscheidungsfindung und zur Kontrolle der eigenen kommunalen Dienstleistungen auffordert. Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Politiker tragen so zu mehr gemeinsamer Verantwortung bei und schaffen ein Umfeld, in dem Städte vermehrt ihre Verantwortung für den demokratischen Konsens wahrnehmen.

9. Urbanität: Städte sind innovative Katalysatoren der Entwicklung

Städte sind ein kreativer Raum für gesellschaftliche, wirtschaftliche, ökologische und politische Innovationen. Denn Städte ermöglichen als Voraussetzung für tragfähige Strategien einen engen und schnellen Austausch aller Akteure. Hier verbindet sich die Anwendung lokalen Wissens mit der konkreten Umsetzung aktueller Herausforderungen, wie z.B. des Ressourcenverbrauchs. Städte nutzen diese Synergien zur Entwicklung, formulieren integrierte und wirtschaftlich tragfähige Lösungsansätze und treten auf diese Weise unterschiedlichen Herausforderungen zugleich entgegen. Städte werden damit häufig zu Vorreitern für landesweite und internationale Entwicklungen.

10. Wirtschaftliche Zusammenarbeit: In Städten wächst die Nachfrage

Es besteht eine große Nachfrage von Seiten der Städte, die Herausforderungen bei der Modernisierung der Infrastruktur und Verwaltung mit Unterstützung der Privatwirtschaft zu bedienen. Die Versorgung einer wachsenden Bevölkerung und die Anpassung an nationale und internationale Standards erfordern technische und Managementlösungen von neuen Informations- und Kommunikationstechnologien bis hin zur energieeffizienten Gebäudesanierung. Die deutsche Privatwirtschaft und ihre Einrichtungen, Kammern, Industrie- und Berufsverbände bieten sich als Partner für Städte in Schwellen- und Entwicklungsländern an und halten Investitionen und Know-how bereit.

Stadt und Klimawandel

1. Relevanz

In Städten treffen die Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels und zugleich Akteure für effektive Klimapolitik und innovative Lösungen aufeinander. Das Augenmerk gilt dabei den Kommunen. Sie sind sowohl in der lokalen Anpassung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen als auch in der internationalen Artikulation kommunaler Interessen ein wichtiger Partner der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Mit ihrer Nähe zu Bürgern, Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern sind Städte in der Lage, die erforderlichen politischen und organisatorischen Strukturen aufzubauen, die für die Anpassung an den Klimawandel benötigt werden.

Denn die Folgen des Klimawandels werden zu weit reichenden Beeinträchtigungen urbaner Lebensweisen führen. Städte in Küstenregionen werden ganz besonders von Hochwasser und Überflutungen betroffen sein. 15 der weltweit 20 Megastädte¹ befinden sich in niedrig gelegenen Küstenzonen, circa 600 Millionen Menschen leben derzeit in diesen Regionen. Insbesondere in den Küstenzonen Afrikas und Asiens wird zukünftig die Anpassung an den Klimawandel eine zentrale Aufgabe sein.

Der Anstieg von Treibhausgasen wird als einer der maßgeblichen Gründe für die Erderwärmung angesehen. Die meisten Emissionen entstehen dort, wo sich die Produktion und der Verbrauch von Ressourcen konzentrieren. Städte beschleunigen den Klimawandel durch ihre hohe Dichte an Treibhausgas emittierenden Sektoren wie Industrie, Verkehr, Wohnen und Abfall. Obwohl Städte nur 0,4 Prozent der Erdoberfläche bedecken, stoßen sie derzeit rund 70 Prozent der klimawirksamen Treibhausgase² aus. Infolge des Städtewachstums werden im Jahr 2030 voraussichtlich sogar 76 Prozent der Emissionen in Städten verursacht³.

In Städten der Entwicklungsländer sind die Folgen der klimatischen Veränderungen besonders spürbar:

Während Städte in den OECD Staaten mit ihren Gesamtemissionen maßgeblich zum Klimawandel beitragen, leiden insbesondere Armutssiedlungen in Entwicklungsländern unter dessen Folgen. Weltweit lebt ein Großteil der Armen in geographischen Risikogebieten, an erdrutschgefährdeten Hängen oder in Flusseinzugsgebieten, die am ehesten von extremen Wetterereignissen betroffen sind. Die prekären Wohn- und Lebensverhältnisse, niedrige Einkommen, oftmals unzureichende öffentlichen Dienstleistungen, so-



Städte in Küstenregionen sind besonders von Hochwasser und Überflutungen betroffen.

ziale Sicherungssysteme und Infrastruktur sowie die hohe Bevölkerungsdichte erhöhen die Vulnerabilität ihrer Bewohner. Auch der durch den Klimawandel und Übernutzung verursachte Verlust von Biodiversität hat weitreichende Folgen für Menschen in den Städten, da wichtige Leistungen von Ökosystemen wie z.B. Klimaregulierung verloren gehen.

2. Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Synergien zwischen städtischen Sektoren erzielen:

Nachhaltige Stadtentwicklungsstrategien verbinden eine effiziente Ressourcenpolitik mit einer Stärkung der Widerstandsfähigkeit der städtischen Bewohner in besonders anfälligen Risikogebieten. Eine integrierte Herangehensweise, die Synergien zwischen den Sektoren bildet und sowohl staatliche als auch zivilgesellschaftliche Akteure in ihrer Koordination und Kooperation unterstützt, ist dabei besonders wichtig. Dazu gehören Klimaschutzstrategien und eine Bereitstellung vergünstigter Kredite, die eine angepasste Stadtplanung, Bau- und Infrastrukturentwicklung sowie nachhaltiges Umweltmanagement im Bereich Wasserver- und -entsorgung, Energie, Transport und Abfall ermöglichen.

¹ World Bank (Hg.): World Development Report. Washington 2010, S. 91.

² The Worldwatch Institute (Hg.): State of the World. Our Urban Future. New York (W.W. Norton & Company) 2007.

³ International Energy Agency (Hg.): World Energy Outlook. Paris 2008, S. 12.

Armutorientierte Anpassungsstrategien entwickeln:

Nationale und lokale Anpassungsstrategien müssen im Einklang mit nationalen Entwicklungsplänen und Armutsminderungsstrategien stehen. Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist es deshalb, kommunale Behörden und Einwohner für die Notwendigkeit der Anpassung an den Klimawandel zu sensibilisieren und sie bei dem erforderlichen Anpassungsprozess zu unterstützen. Dabei steht die Stärkung der Widerstandsfähigkeit besonders schwacher Bevölkerungsgruppen, Infrastruktur und Wirtschaftskreisläufen gegenüber natürlichen Risiken im Vordergrund (Urban Resilience). Risikoanalysen in der Flächen- und Infrastrukturnutzung, Frühwarnsysteme, Weiterbildung und Institutionenentwicklung sind Beispiele für die bereits praktizierten Ansätze und Instrumente in der kommunalen Adaptionspolitik. Ökosystembasierte Anpassung bietet vielerorts eine gegenüber technischer Anpassung kostengünstige und effiziente Möglichkeit, die Folgen des Klimawandels zu verringern. Darüber hinaus bieten intakte Ökosysteme außerdem Leistungen wie Wasser, Ernährung, Schutz vor Klimaextremen und Erholung, die wiederum der lokalen Bevölkerung zugute kommen.

Alle politischen und administrativen Ebenen einbinden:

Klimagerechte Kommunal- und Stadtentwicklungspolitik werden in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler, nationaler sowie lokaler Ebene unterstützt. Mit ihren internationalen Partnern, wie z.B. Cities Alliance, Weltbank, UN-HABITAT, UNEP und ICLEI werden Standards in der Umsetzung kommunaler Klimaschutzpolitiken erarbeitet. Auf nationaler Ebene werden Partnerländer bei der Formulierung und Umsetzung integrierter Anpassungs- und Emissionsminderungsstrategien unterstützt, die zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene abgestimmt und international wirksam werden. Eine wichtige Rolle nimmt dabei der Aufbau kommunaler Klimapartnerschaften ein, um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen.

3. Ein Beispiel aus der Praxis

Seit 2007 besteht die **Cities Development Initiative for Asia (CDIA)**, die sich den besonderen infrastrukturellen und ökologischen Herausforderungen der schnell wachsenden mittelgroßen Städte Asiens widmet. Die regionale Multi-Geber-Initiative wurde von der deutschen Bundesregierung, vertreten durch das BMZ, und der Asiatischen Entwicklungsbank ADB gegründet. Weitere Beiträge leisten die Regierungen Schwedens, Österreichs und die Stadtregierung Shanghais. Das Regionalvorhaben fördert eine umweltgerechte und armutsorientierte Stadtentwicklung sowie eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen der Bewohner durch die Entwicklung ressourceneffizienter und sozialverträglicher Infrastrukturmaßnahmen einschließlich deren Vorbereitung auf eine spätere Finanzierung. Die von CDIA vorbereiteten Projekte unterstützen unter anderem den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, die Abfallentsorgung mit Methan-Speicherungsoption, die Erhöhung der Energieeffizienz in Gebäudebeständen sowie Anpassungsmaßnahmen im Bereich Hochwasserschutz und Entwässerung. Neben der Vorbereitung entsprechender Investitionsprojekte unterstützt die Initiative die Verbesserung der institutionellen Rahmenbedingungen auf lokaler Ebene.

→ <http://www.cdia.asia/>

Energie und Kosten einzusparen, eine adäquate Energieversorgung zu sichern sowie wirksame **Klimaschutzmaßnahmen im Gebäudesektor** zu etablieren – das sind die Hauptziele der nationalen Energiepolitik der Ukraine. Die dringend erforderliche Verbesserung der gesetzlichen, institutionellen und finanziellen Rahmenbedingungen für eine effektive nationale Politik zur Energieeinsparung im Gebäudesektor steht im Mittelpunkt des ukrainisch-deutschen Vorhabens. Das Projekt berät das Ministerium für Wohnen und Kommunale Dienste sowie das Bauministerium bei der Erarbeitung von Gesetzesentwürfen und bei der Entwicklung von finanziellen Förderprogrammen und Anreizmechanismen. Auf kommunaler Ebene steht die Einführung eines Energiemanagements in vier Pilotstädten im Vordergrund. Hier wurden Energiemanager geschult, Energiepläne für den Gebäudebestand entwickelt, Daten- und Monitoringsysteme aufgebaut sowie beispielhafte energetische Gebäudesanierungen vorbereitet.

→ <http://www.eeib.org.ua/>

Weitere Information

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Klimawandel und Entwicklung. Die Entwicklungspolitik setzt Akzente. Bonn 2007.
- http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/flyer/Faltblatt_Klimawandel_dt.pdf

Stadt und Sicherheit

1. Relevanz

Durch weltweite Urbanisierungsprozesse entwickeln sich Städte zu Zentren gesellschaftlicher und technologischer Innovation. Städte werden zu Motoren der nationalen und globalen Wirtschaftsentwicklung. Gleichzeitig treten in ihnen soziale Ungleichheiten, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit, Ausgrenzung benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie Bedrohungen und Risiken deutlich zutage. Diese Ungleichheiten können Gewalt und Kriminalität hervorrufen, aus denen sich Konsequenzen für die individuelle, gesellschaftliche und die gesamtstädtische Entwicklung ergeben.

Private und öffentliche Investitionen meiden Risikogebiete, in denen eine öffentliche Sicherheit nicht gewährleistet werden kann. Dies beeinträchtigt unmittelbar die Lebensqualität der Bewohner und die sozioökonomische Stabilität der Kommune. Letztlich werden die Erfolge laufender Entwicklungsmaßnahmen in Städten durch mangelndes Sicherheitsempfinden und die tatsächliche Gefährdung durch Gewalt und Kriminalität behindert.

Die Ausmaße der Beeinträchtigung durch Gewalt und Kriminalität im städtischen Raum sind beachtlich. UN-Schätzungen gehen davon aus, dass 60 Prozent aller städtischen Bewohner in Entwicklungsländern innerhalb von fünf Jahren mindestens einmal Opfer krimineller Handlungen werden. In Lateinamerika und Afrika betrifft dies sogar 70 Prozent aller Städte, insbesondere in Armensiedlungen¹. Gerade die sozial Schwächsten trifft materieller Verlust unerbittlich. Junge Menschen zwischen 15 und 24 Jahren sind am häufigsten Täter und Opfer von Gewalt². Von bewaffneter Gewalt sind Sub-Sahara-Afrika sowie Mittel- und Südamerika am schwersten betroffen³.

Städtische Gewalt- und Kriminalitätsprävention fördert wirtschaftliche Integration: Die Berücksichtigung gewalt- und kriminalitätspräventiver Maßnahmen ist ein wichtiger Bestandteil zur Nachhaltigkeit in Vorhaben der Stadt- und Kommunalentwicklung im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Ein besonderes Anliegen ist es, gerade schwache und marginalisierte Gruppen der Gesellschaft, wie Frauen, Kinder und Jugendliche, vor Übergriffen, inklusive sexueller Gewalt, zu schützen, ihnen Entwicklungsraum und Perspektiven zu geben und sie somit an den wirtschaftlichen Entwicklungspotenzialen in der urbanen Gesellschaft teilhaben zu lassen.



UN-Schätzungen gehen davon aus, dass 70 Prozent aller städtischen Bewohner in Afrika innerhalb von fünf Jahren mindestens einmal Opfer krimineller Handlungen werden.

Prävention von Gewalt und Kriminalität stärkt die lokale Demokratie und staatliche Legitimität: Je stärker arme Bevölkerungsgruppen Risiken der Gewalt und Kriminalität ausgesetzt sind, desto eher kann sich politische Gewalt auf Kosten demokratischer Aushandlungsprozesse und staatlicher Legitimität verfestigen. Insbesondere in fragilen Rahmenbedingungen, in denen staatliche Institutionen nur schwach ausgebildet sind, werden präventive Beratungsansätze auf der lokalen Ebene notwendig, denn sie tragen zu einer sozialen und politischen Stabilisierung in den Kommunen und auf nationalstaatlicher Ebene bei.

2. Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Eine integrierte Präventionsstrategie verfolgen: Das BMZ unterstützt Partnerinstitutionen in der konfliktsensiblen Aushandlung und Umsetzung von gemeinsamen Lösungsansätzen für eine soziale und sichere Stadt. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit verfolgt hierbei einen integrierten Präventionsansatz, der sowohl räumlich, institutionell als auch zielgruppenspezifisch ausgerichtet ist. Ein sicheres Lebensumfeld kann nur entstehen, wenn die soziale, institutionelle und räumliche Dimension

¹ UN HABITAT (Hg.): Enhancing urban safety and security – global report on human settlements 2007. Nairobi (United Nations Human Settlements Programme) 2007. S. 55.

² UNFPA (Hg.): State of World Population 2007. Unleashing the Potential of Urban Growth. New York (United Nations Population Fund) 2007, S. 26.

³ UNDOC (Hg.): Global Burden of Armed Violence. Geneva (Geneva Declaration Secretariat) 2008. S. 4.

in der Stadtentwicklung mitgedacht wird und dies in nationalen Politiken und kommunalem Denken verankert ist.

Ziel dieser Herangehensweise in der räumlichen Intervention ist es, bei der Planung und Neugestaltung von Siedlungs-, Gemeinschafts- und Gewerbeflächen, Standards für die Gestaltung einer physisch sicheren Umwelt zu berücksichtigen. Gewalt- und Kriminalitätsrisiken können konkret durch Maßnahmen wie Beleuchtung oder Übersichtlichkeit des öffentlichen Raumes beeinflusst werden. Es werden "Orte abseits der Gewalt" geschaffen, die es Bewohnern ermöglichen, ihre Alltagsgeschäfte ohne Angst zu erledigen.

Parallel dazu werden in der sozialen Dimension der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Fähigkeiten von Bürgern, insbesondere von Frauen und Jugendlichen, aufgebaut, gemeinsam Probleme der Gewalt und Kriminalität zu bewältigen. Projektansätze zur Thematisierung von Jugendgewalt und -kriminalität zielen auf partizipative und beschäftigungsfördernde Maßnahmen sowie kulturelle und sportliche Anreize u.a. mit Akteuren aus Kommunalverwaltung, Polizei, Zivilgesellschaft, sozialen Dienstleistern und Nachbarschaftsorganisationen. Darüber hinaus wird das Vertrauen in formale und informelle Institutionen gestärkt, der Stigmatisierung Jugendlicher entgegen gewirkt und Alternativen zu kriminellen Handlungen und Karrieren erarbeitet. Gewalt gegen Frauen und Mädchen soll mithilfe von Aufklärungskampagnen und Beratung eingedämmt werden, die unter Einbindung bürgerschaftlicher Initiativen geplant und zum Beispiel durch "Community Policing" durchgeführt werden.

Den Zugang zu kommunalen Dienstleistungen ausbauen: Risikogruppen, wie Slumbewohner, müssen ihre Rechte besser artikulieren und einfordern können. Dazu ist es unabdingbar, dass ihnen ein besserer Zugang zu öffentlichen Leistungen, sozialen Grunddiensten, politischer Teilhabe und Arbeit mit formellen Einkommensmöglichkeiten eröffnet wird. Dies trägt auch dazu bei, ihre persönliche Sicherheit auszubauen. Städtische Gewalt- und Kriminalitätsprävention beweist ihre Wirksamkeit, wenn sie extreme soziale Unterschiede mindert und den Zusammenhalt urbaner Gesellschaften stärkt. Dies verringert Konflikursachen, baut langfristig Spannungen zwischen den Einwohnergruppen ab und unterstützt die Regierungsfähigkeit auf kommunaler Ebene und darüber hinaus.

Weitere Information

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Übersektorales Konzept zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Bonn 2005. → http://www.bmz.de/de/zentrales_downloadarchiv/themen_und_schwerpunkte/frieden/krisenpraevention.pdf.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Urban (In)Security. Joint Networking Event of German Development Cooperation. UN-HABITAT World Urban Forum 5, 22 – 26 March 2010, Rio de Janeiro. Brazil. Bonn 2010. → http://germany-wuf.de/upload/InsessionPaper_Screen.pdf.
- http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/menschenrechte/kinderrechte/index.html
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hg.): Jugendgewaltprävention. Reihe: Kinder- und Jugendrechte in der Entwicklungspolitik. Bonn 2011. → http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/themen/menschenrechte/kinderrechte/index.html

3. Beispiele aus der Praxis

Wie die Integration verschiedener Präventionsansätze gelingen kann, verdeutlicht das Projekt "**Gewaltprävention in städtischen Armenvierteln**" in Khayelitsha/Cape-town, Südafrika ("Violence Prevention through Urban Upgrading"), das von der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Stadtverwaltung Kapstadt, dem südafrikanischen Finanzministerium und dem Khayelitsha-Entwicklungsforum (KDF) getragen wird. Mit der Schaffung gewaltfreier Zonen, so genannter "Safe Nodes Areas", und einem Bündel von Maßnahmen, wie Straßenbeleuchtung, ehrenamtlichen Nachbarschaftspatrouillen und Schulungen zu Konfliktbewältigungsstrategien, ist es gelungen, die Kriminalität in dem Township spürbar zu verringern. Insbesondere die von Bewohnern getragenen Initiativen, die durch das Vorhaben gefördert wurden, haben zur Stärkung der Eigenverantwortung beigetragen. Das Verhältnis zwischen Bewohnern und Stadtverwaltung hat sich entscheidend verbessert. Für diesen Erfolg hat Khayelitsha im Mai 2010 den Nationalen Nachhaltigkeitspreis "Impumelelo Award" erhalten.

→ <http://www.vpuu.org>

Vertrauen in eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit und friedliche Konfliktbeilegung aufzubauen, ist eine große Herausforderung in Kolumbien. Dafür wird eine breite Partnerschaft für konfliktpräventive Maßnahmen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene benötigt. Dies ist das Erfolgsrezept des Vorhabens **Friedensentwicklung durch Förderung der Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft** (CERCAPAZ), das im Auftrag des BMZ in Kolumbien durchgeführt wird. Friedens-, Frauen- und Jugendorganisationen, Kommunen, Privatwirtschaft und Ministerien führen Fortbildungsmaßnahmen zur gewaltfreien Konfliktbearbeitung durch. Sie starten Initiativen, die Versöhnung, Gleichberechtigung und Integration der vom Konflikt gefährdeten und betroffenen Bevölkerungsgruppen fördern. Dass Sport Brücken bauen kann, illustriert die Initiative für Friedensfußball El GOLOMBIAO. Dieses Fußballspiel hat eigene Regeln: Das erste Tor muss von einem Mädchen geschossen werden und faires Spiel wird mit Pluspunkten belohnt. In 85 Gemeinden spielen inzwischen 60.000 Jungen und Mädchen nach den Regeln des GOLOMBIAO. Wo GOLOMBIAO Fuß gefasst hat, ist der Einfluss gewalttätiger Jugendbanden zurückgegangen.

→ <http://www.cercapaz.org>

Stadt und gute Regierungsführung

1. Relevanz

Als unterste politisch-administrative Ebene im Staatswesen kommt Städten eine große Bedeutung für die Sicherstellung öffentlicher Leistungen zu. Städte bündeln lokale, nationale und globale Herausforderungen, weil dort Antworten auf übergreifende Fragestellungen, wie etwa zum Klimawandel, zu sozialer Gerechtigkeit, zur Achtung und Gewährleistung der Menschenrechte sowie zu politischer und wirtschaftlicher Stabilität gefunden werden müssen.

Doch Stadtverwaltungen in Entwicklungsländern sind häufig weder finanziell noch personell ausreichend ausgestattet, um ihre Aufgaben, wie z.B. die Erbringung von Dienstleistungen, angemessen erfüllen zu können. Zuverlässige und kontinuierliche Wasser- und Stromversorgung, Abwasser- oder Abfallentsorgung, Instandhaltung und Modernisierung der Bau- und Infrastruktur sind oftmals keine Selbstverständlichkeit. Vor allem arme und sozial benachteiligte Stadtbewohner leiden darunter, denn Slums und informelle Siedlungen sind von vielen kommunalen Leistungen abgeschnitten. Der gleichberechtigte Zugang, insbesondere von armen Bevölkerungsgruppen, Frauen, Migranten oder Menschen mit Behinderungen, zu kommunalen Leistungen ist daher ein zentrales Bestreben, um die räumliche, soziale und ökonomische Spaltung in der Stadt abzubauen.

In Städten bietet sich zugleich die Chance, gute Regierungsführung erfahrbar zu machen: Eine Vielzahl von Akteuren bestimmt die Entwicklung einer Stadt. Um deren Miteinander im städtischen Raum zu fördern, müssen neue Steuerungsformen auf kommunaler Ebene gefunden werden, die die Rolle des Bürgers als Teilhaber an Ideen und Entscheidungen sowie als Nutzer kommunaler Leistungen ins Zentrum rückt. In der Praxis sind damit der Dialog und die Kooperation zwischen Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung, Vertretern der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gemeint. In diese Dialogprozesse müssen insbesondere Vertreter armer und marginalisierter städtischer Bevölkerungsgruppen einbezogen werden. Deren partnerschaftliches Zusammenwirken soll ein Umfeld schaffen, in dem Städte ihre Verantwortung für Demokratie, Integration und Nachhaltigkeit sowie ein breites Angebot inklusive kommunaler Dienstleistungen wahrnehmen. Ziel ist es, die urbanen Lebensbedingungen aller Stadtbewohner zu verbessern und ihre Chancen für eine Entwicklung auszubauen.



Die Stadtbevölkerung integriert ihr Wissen in den Planungsprozess und trägt lokale Verantwortung für nachhaltige Entwicklung.

Die Entscheidungen lokaler Regierungen werden unter anderem durch ein partizipatives und bürgernahes Vorgehen transparenter und verbindlicher. So können die Lebensbedingungen der armen Stadtbevölkerung gezielt und wirksam verbessert werden. Eine demokratische Regierungsführung wird gefestigt und die öffentliche Verwaltung kann die Leistungen für ihre Bürger effizient erbringen. Staatliches Handeln gewinnt in den Augen der Menschen wieder Ansehen und Legitimität.

2. Ansatz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Aus Sicht der deutschen Entwicklungszusammenarbeit bedeutet die Förderung von guter Regierungsführung, die Partnerländer bei der Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für eine soziale, ökologische und marktwirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen und den verantwortungsvollen Umgang des Staates mit politischer Macht und öffentlichen Ressourcen zu fördern, um Korruption aktiv vorzubeugen und zu bekämpfen. Staatliche Akteure und Institutionen sollen in die Lage versetzt werden, Politikinhalt armutsorientiert und nachhaltig ausgerichtet zu gestalten.

Für die Stadtentwicklung heißt dies, strukturelle Kommunalreformen im Sinne der Dezentralisierung und kommunalen Selbstverwaltung zu unterstützen, d.h. Partner bei der städtischen Organisationsentwicklung, bei Reformen der lokalen Politik und Verwaltung oder beim kommunalen Finanzmanagement zu beraten.

Deutschland hat weitreichende Erfahrungen bei der Unterstützung lokaler und nationaler Regierungen zugunsten politischer und fiskalischer Dezentralisierung. Auf städtischer Ebene werden Fähigkeiten für gute Regierungsführung geschult; auf nationaler Ebene steht die Erarbeitung einer gemeinsamen Dezentralisierungsstrategie und Städtepolitik im Vordergrund. Mit diesem Mehr-Ebenen-Ansatz kann nationale Politikerfahrung an die Bedürfnisse auf lokaler Ebene angepasst werden. Deutschland unterstützt gute Regierungsführung in Städten durch technische Beratungsansätze und finanzielle Unterstützung für eine verbesserte Kommunalverwaltung und Bürgerpartizipation sowie den Ausbau öffentlichen und bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Finanzierung einer städtischen und an die lokalen Bedürfnisse angepasste Infrastruktur ermöglicht es, den Stadtbewohnern bessere Dienstleistungen zu transparenten Konditionen und Tarifen anzubieten. Spezifische Maßnahmen fördern den verbesserten physischen und finanziellen Zugang für arme Bevölkerungsgruppen.

Neue Herausforderungen resultieren aus den fortlaufenden Urbanisierungsprozessen; die Entstehung von Mega-Regionen und urbanen Korridoren werden erforscht und Ergebnisse für Konzepte von guter Regierungsführung in diesen neuen Stadträumen ausgewertet.

3. Ein Beispiel aus der Praxis

Dhaka, die Hauptstadt Bangladeschs, ist inzwischen die am schnellsten wachsende Stadt der Welt. Zählte sie 1950 noch 500.000 Einwohner, leben hier heute circa 12 Millionen Menschen¹. Nach wie vor ist die Urbanisierung dieser Metropole unverhältnismäßig. Es wird immer dringlicher, die

Regionen zu stärken und den Druck auf die Städte gleichmäßig zu verteilen. Die dabei zu bewältigenden Aufgaben sind enorm. Auch aufgrund des stetigen Zuzugs gerade armer Bevölkerungsschichten aus ländlichen Gebieten wachsen Slums in allen Städten. In der zentralistisch geprägten Regierungsstruktur sind die Verwaltungen der urbanen Zentren oftmals nicht in der Lage, selbst einfachste, grundlegende Dienstleistungen zu erbringen. Missmanagement, häufig auf Grund unzureichender Qualifikation der Mitarbeiter, hat gravierende Folgen, vor allem für die ärmsten Stadtbewohner. Es fehlen Sanitäreinrichtungen, ein Abfallmanagement und ein ausreichendes Angebot an Wohnraum.

Mit dem Projekt **“Gute Regierungsführung im städtischen Bereich”** unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit Beratungs- und Fortbildungsmaßnahmen der verantwortlichen lokalen und nationalen Verwaltungen von kleinen und mittelgroßen Städten. Ziel ist es, der städtischen Bevölkerung Bangladeschs ein nachfrageorientiertes Dienstleistungsangebot zur Verfügung zu stellen und die Lebensbedingungen der armen städtischen Bevölkerung zu verbessern. Ansätze sind u.a. die Diskussion kommunaler Strategien gemeinsam mit der Bevölkerung und die Etablierung von Rechenschaftsmechanismen der Stadtverwaltungen über ihr Handeln. Gemeinsam mit den Partnern wird ein Lehrangebot für die Stadtverwaltungen entwickelt, das auch nach dem Ende der Fördermaßnahme von den lokalen Entscheidungsträgern in den Stadtverwaltungen genutzt werden kann.

¹ Bangladesh Ministry of Planning (Hg.): Sixth Five Year Plan FY 2011 – FY 2015. 2010.

Weitere Information

- <http://www.germany-wuf.de/> (Filme und Factsheets aus der Praxis)
- <http://www.ded.de/de/arbeitsfelder/demokratiefoerderung.html>

Publikationen: Deutscher Entwicklungsdienst (Hg.): DED Brief 02/2010: Urbanität und Stadtentwicklung. Bonn 2010. Und Fachheft: Deutscher Entwicklungsdienst (Hg.): Demokratie stärken. Bonn 2006.

IMPRESSUM

Herausgeber

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),
Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit

Redaktion

BMZ, Referat Wasser; Energie; Stadtentwicklung; Geosektor

Gestaltung

BLOCK DESIGN Kommunikation & Werbung, Berlin

Druck

Bonifatius Druck und Verlag, Paderborn
Gedruckt auf FSC-zertifiziertem Papier

Bildnachweis

Titelfoto: <http://www.irinnews.org>; Stadt und Klimawandel: © GIZ / Robert Heine;
Stadt und Sicherheit: © GIZ / Kamikazz; Stadt und gute Regierungsführung © GIZ / Silke Irmischer

Stand

November 2011

Bezugsstelle

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock
Tel. +49 (0) 1805 77 80 90 (Festpreis 14 Cent/Min., abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich)
Fax +49 (0) 1805 77 80 94
publikationen@bundesregierung.de

Postanschriften der Dienstsitze

BMZ Bonn
Dahlmannstraße 4
53113 Bonn
Tel. + 49 (0) 228 99 535 - 0
Fax + 49 (0) 228 99 535 - 3500

BMZ Berlin | im Europahaus
Stresemannstraße 94
10963 Berlin
Tel. + 49 (0) 30 18 535 - 0
Fax + 49 (0) 30 18 535 - 2501

poststelle@bmz.bund.de

www.bmz.de

